

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

7 . Eingaben / Einwohnerfragestunde I

Der Bürgermeister stellt eine Eingabe nebst Unterschriftenliste der Bürgerin Frau Tina Langrock vor, welche sich für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Hauptstraße einsetzt. Zuständigkeitshalber wird die Eingabe an den Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten zur Beratung und Beschlussempfehlung für die Gemeindevertretung delegiert. Die nächste Sitzung des Gremiums findet voraussichtlich am 26.01.2021 statt.

Eine andere Eingabe von Herrn Pauschardt thematisiert die Befürchtung einer erhöhten Strahlenbelastung und einer höheren Schallverstärkung von der BAB 7 durch die an der Autobahn geplanten Solarflächen. Die Frage wird zur Stellungnahme an den anwesenden Herrn Störmer verweisen. Dieser führt aus, dass eine Verstärkung der UV – Strahlung nicht zu befürchten ist.

In diesem Zusammenhang wurde auch die elektromagnetische Strahlung geprüft, welche aber bereits unmittelbar neben den Trafostationen Feldstärken von unter 100 μ T (Mikrottesla) aufweist und somit als gesundheitlich unbedenklich gilt.

Die Frage der zusätzlichen Schallbelastung wurde schon im Bauleitplanverfahren thematisiert. Dazu erwartet Herr Störmer im Januar 2021 ein Gutachten, welches der Gemeinde vorgelegt wird.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

9 . Errichtung von Solar – Carports zum Betrieb von Elektroladesäulen in der Ehndorfer Straße 26 – Präsentation der Fa. Engler

Zur von der Fa. Engler geplanten Errichtung von Solar – Carports mit Elektroladesäulen erteilt der Bürgermeister Herrn Engler das Wort, welcher im Rahmen einer Leinwandpräsentation die Idee vorstellt.

Geplant sind eine große Schnellladestation (350 kW/h) mit 10 Plätzen für Elektrofahrzeuge, ein Bistro und die Bestückung sämtlicher Dachflächen des Grundstücks mit Solarmodulen. Die Leistung von bis zu 500 kW wird vor Ort durch Sonnenenergie erzeugt und in einem großen Solarenergiespeicher (2,3 MW) bevorratet, was die Anlage autark macht. Anhand vieler Darstellungen und simulierter Luftbildaufnahmen verdeutlicht Herr Engler die geplanten Dimensionen und das zukünftige Gesamterscheinungsbild. Insbesondere geht er auf den verkehrsreichen Standort an der B 430 und die Nähe zur BAB 7 ein und nennt weitere Planungsdetails. Mit einem Hinweis auf die zukünftigen Gewerbesteuerereinnahmen und einem Kurzfilm zum Projekt dankt Herr Engler für die Aufmerksamkeit.

Herr Rohloff dankt für die Präsentation und bittet Herr Engler um die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht, damit er den Stand des Verfahrens offen darlegen kann.

Die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht wird dem Bürgermeister von Herrn Engler gewährt.

Herr Rohloff thematisiert daraufhin die Bedenken der Gemeinde gegen das sehr ambitionierte Bauvorhaben. Exemplarisch seien die großen Dimensionen, der geringe Abstand zur B 430 und zu erwartende Verkehrsprobleme genannt. Im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes hätten vorab Schwierigkeiten besprochen und gemeinsame Lösungen gefunden werden können. Deshalb konnte die Gemeinde auf die Anfrage des Kreises zum Bauantrag noch kein gemeindliches Einvernehmen erteilen. Zudem fand ein Vor – Ort – Termin mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) statt und es müssen ggf. noch Ausnahmegenehmigungen des Landes und des Kreises beantragt und bewilligt werden.

In seinen weiteren Ausführungen zum Projekt lehnt Herr Engler die vorhabenbezogenen Bebauungsplanung mit dem Hinweis auf die von ihm bereits geleisteten privaten Planungskosten ab.

Die Herren Dahmke, Jöhnk, Rohloff und Hollerbuhl sähen gerade darin einen Lösungsansatz und äußern dies entsprechend.

Nach einer allgemeinen, teils regen Diskussion resümiert Herr Rohloff den derzeitigen Sachstand und erläutert, dass nunmehr der Kreis über das Bauvorhaben entscheiden muss.

Eine abschließende Frage von Herrn Markus Kühl zur gemeindlichen Planungshoheit und zum sonst üblichen Verfahren wird von Herrn Rohwer am Beispiel der Tierklinik beantwortet.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

10 . 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 23

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Änderung des Planungsinstrumentes zum Bebauungsplan Nr. 23 und fasst die Entwurfs- und Auslegungsbeschlüsse zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 6 (ehedem B-Plan Nr. 23)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Herr Rohloff übergibt das Wort an Frau Bohnsack, welche im Rahmen eines Vortrages den Planungssachstand der kleinen Solarfläche (1,3 ha, 750 kW) an der Bahnlinie erläutert. Neben dem Bericht über die Stellungnahmen anderer Behörden und deren Abarbeitung geht es um die Umstellung des ehemaligen B-Planes Nr. 23 auf den vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 6.

Dazu geht die Referentin u.a. auf die Standortwahl, ein gemeindeübergreifendes Konzept, naturschutzrechtliche Belange, die Abschirmung durch Knicks und die durch die vorhandene Netzinfrastruktur optimale Lage ein.

Auf Empfehlung des Landesplanung und auf Wunsch der Gemeinde wird die Planung auf einen vorhabenbezogenen B-Plan umgestellt, welcher eine auf 30 Jahre befristete Nutzung von Sonnenenergie, festgehalten in einem Durchführungsvertrag beinhaltet.

Frau Bohnsack erläutert nun die Stellungnahmen der Deutschen Bahn, des Eisenbahnbundesamtes und der unteren Naturschutzbehörde zur Thematik der Blendwirkung, Einzäunung und des im F – Plan darzustellenden Knickschutzes.

Herr Jeß ergänzt den Vortrag mit Ausführungen zu möglichen Ausgleichsflächen im Bereich „Bullenbek“ (**Anlage 1**). Für den Ausgleichsflächenbedarf von 1.574 qm kämen Abschnitte im Bereich D1 bis D3 in Frage.

Herr Nützel moniert, dass ohne vorherige Beratung dazu nicht einfach eine Entscheidung getroffen werden kann und wird von Herrn Rohloff unterstützt. Über Frau Karstens soll die Entscheidung nachgereicht werden. Herr Hollerbuhl schlägt die Beratung im nächsten Bau- und Planungsausschuss am 04.02.2020 vor.

Der Bürgermeister dankt Frau Bohnsack und Herrn Jeß und verliest den Antragstext Nr. 1 – 4 der Tischvorlage mit der Bitte um Zustimmung.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

**11 . 18. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarpark Aalbek / A 7" und
Bebauungsplan Nr.22 "Solarpark Aalbek / A 7" (im Parallelverfahren)
- Abstimmung über den Plangeltungsbereich aufgrund der geänderten
Prämissen der Stromabnehmer
Vorlage: 0056/2018/DS**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Fortsetzung des Verfahrens mit einem reduzierten Plangeltungsbereich und mit der Maßgabe, dass der produzierte Strom direkt von der Deutschen Bahn abgenommen wird. Der Plangeltungsbereich ist vorrangig um die Flächen westlich des Aalbek zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

In den Tagesordnungspunkt einfürend geht Herr Rohloff nochmals explizit auf die Fragen von Herrn Jöhnk unter TOP 8 ein und erläutert den bisherigen, sehr dynamischen Ablauf des Planungsprozesses.

Durch die Beteiligung weiterer Landwirte ist der Plangeltungsbereich auf ca. 73 ha gem. ergänztem Aufstellungsbeschluss vom 17.06.2020 angewachsen. Die Gemeindevertretung ist davon ausgegangen, dass der aus der neuen Gesamtfläche produzierte Strom vollständig in des Netz der Deutschen Bahn eingespeist wird. Inzwischen hat sich gezeigt, dass durch die Bahn nur noch 2/3 (40 MW) des produzierten Stromes abgenommen werden kann und somit 1/3 (20 MW) Ökostrom in das öffentliche Netz eingespeist werden könnte. Da dies nicht der ursprünglichen Beschlusslage entspricht, schlägt der Bürgermeister mit der vorliegenden Drucksache eine neue Abstimmung vor.

Die anwesenden Herren Störmer und Arndt werden um Stellungnahme gebeten. Zunächst erläutert Herr Störmer technische Details zur Einspeisung, zur Gestaltung und Belegung der Flächen und zum Ertrag. Herr Arndt veranschaulicht die durch die Flächenvergrößerung entstandene Dynamik und die Besonderheiten dieses europaweiten Pilotprojektes. Die Chance eines großen Beitrags zur Energiewende sollte nicht durch unzureichende Kommunikation der Planungsentwicklung gefährdet werden, zumal keine Verschlechterung erkennbar ist und auch die Einspeisung nach EEG einen hohen Stellenwert hat.

Herr Rohloff dankt für die Stellungnahmen und bittet um Wortmeldungen.

In einer regen und kontroversen Diskussion äußern sich nun die Herren Nützel, Dahmke, Störmer, Hollerbuhl und Markus Kühl. Es werden zunächst die bisherige Planungen, Beratungen und Beschlussfassungen rekapituliert, eine erneute Einwohnerversammlung und eine Vertagung erwogen und erneute Gespräche mit der Bahn gefordert.

Herr Störmer ergänzt, dass fortlaufend und immer stärker konkretisiert mit der Bahn als priorisierten Abnehmer verhandelt wird.

Von Herrn Rohwer und Frau Schiffler wird festgestellt, dass sich die Bedenken der Gemeindevertretung auf die Einspeisung nach EEG (1/3) beziehen und die Fortsetzung des Verfahrens mit einem reduzierten Planungsbereich und direkter Abgabe des erzeugten Stroms an die Deutsche Bahn unstrittig ist.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass die Stromabnahme durch die Bahn priorisiert werden soll und fragt nach der Beibehaltung der Flächenerweiterung.

Aufgrund der regen Debatte macht Herr Küpperbusch den Vorschlag, diesen Punkt im nächsten Bau- und Planungsausschuss am 04.02.2020 zu besprechen, was bei den Anwesenden auf breite Zustimmung stößt. Herr Störmer wird gebeten bis dahin, die Argumente zusammenzutragen, die für eine Flächenerweiterung sprechen.

Herr Rohloff verliest nun den Antrag zu 2. der Drucksache 0056/2018/DS und lässt abstimmen

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

**12 . Einnahmen- und Ausgabenplanungen des Sondervermögens
Kameradschaftskassen 2021
Vorlage: 0054/2018/DS**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der Einnahmen- und Ausgabenplanungen des Sondervermögens Kameradschaftskassen 2021 der Freiwilligen Feuerwehr einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Der Bürgermeister erläutert nach Aufruf des Tagesordnungspunktes die gute finanzielle Lage der Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehr. Wortmeldungen erfolgen nicht, Herr Rohloff lässt über die Einnahmen- und Ausgabenplanungen für 2021 abstimmen.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

**13 . Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im
Verwaltungshaushalt 2020 (Straßenbeleuchtung)
Vorlage: 0057/2018/DS**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2020 (Straßenbeleuchtung) gemäß der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet Herr Rohloff über die restliche Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED – Technik und bittet um Zustimmung, da keine Wortmeldungen erfolgen.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

14 . Haushaltssatzung 2021 und Haushaltsplan mit Anlagen Vorlage: 0060/2018/DS

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der geänderten Haushaltssatzung 2021 und dem geänderten Haushaltsplan nebst Anlagen gemäß der Anträge in der Vorlage 0060/2018/DS einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Herr Hollerbuhl erhält das Wort, erläutert die Eckdaten des Haushaltes 2021 und resümiert die diesbezüglichen Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss. Zunächst erwähnt er die aktuell vor der Sitzung verteilte Übersicht zur voraussichtlichen Entwicklung der Rücklage (**Anlage 2**) und geht dann auf Besonderheiten des Vermögenshaushaltes und die wesentlichen Investitionen ein. Folgende Positionen werden genannt:

- Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs (350.000,- €)
- Zuschuss zur Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs, aktuell aufgestockt (105.000,- €)
- Erweiterung des Kindergartens, Zusatzkosten wegen erheblichem Sanierungsbedarf (200.000,- €)
- Sanierung Abwasser, Kanalkataster, Abwassermengenmessung (93.000,- €)

Damit beträgt die Summe der Investitionen ohne Zuschüsse rd. 643.000,- €.

Im Bereich des Verwaltungshaushaltes hebt Herr Hollerbuhl die wesentlichen Ausgaben, wie Mehrkosten bei der Kitafinanzierung, HHSt. 3.90000.83270, die Umstellungen im Bereich der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung, HHSt. 3.67000.51000 (nicht mehr investiv) und die Sanierung der Gemeindestraßen, HHSt. 3.63000.51000 hervor.

Die Entscheidung über den Umfang der Sanierung der Gemeindestraße wurde in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf die heutige Sitzung vertagt, vorgeschlagen wird nunmehr ein um 20.000,- € erhöhter Ansatz von 120.000,- €. Hinzu kommen die Personalkosten für einen 2. Gemeindearbeiter, die Anhebung der

Verwaltungskostenpauschale der Stadt Neumünster und die Digitalisierung der gemeindlichen Gremienarbeit durch das Leasing von Tablet – PCs.

Zusammenfassend erläutert nun der Ausschussvorsitzende die voraussichtliche Entwicklung der Rücklage (**Anlage 2**) und geht dabei von einem Stand von 613.000,- € zum 31.12.2021 aus. Dabei ist die im März 2020 erfolgte Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung bereits berücksichtigt.

Abschließend macht Herr Rohwer auf die Änderung des Stellenplans nach Einstellung des zweiten Gemeindearbeiters aufmerksam.

Im Resümee spricht Herr Rohloff trotz der hohen geplanten Investitionen für die notwendigen Kindergartenerweiterung und das Feuerwehrfahrzeug von einem sehr soliden Haushalt mit noch immer guter finanzieller Rücklage. Er fasst die folgenden Änderungen

HH. Stelle	Bezeichnung	Ansatz	
		alt	neu
3.63000.51000	Unterhaltung Gemeindestraßen	100.000	120.000
3.77100.4XXXX	Personalkosten 2. Gemeindearbeiter	56.900	90.300 (33.400 mehr)
3.90000.83250	Kosten der Stadt Neumünster (Verwaltungskostenpauschale inkl. Personal TBZ, Datenschutz und Nachzahlungen)	243.000	273.000 (30.000 mehr)

zusammen und verliert den Antrag zu 1. und zu 2. der Drucksache 0060/2018/DS.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

15 . Doppik-Umstellung 2022
Vorlage: 0051/2018/DS

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass die Haushaltswirtschaft gem. § 75 Abs. 4 GO ab dem Jahr 2022 nach den Grundsätzen der doppelten Buschführung (Doppik) geführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zur im Haushaltsjahr 2022 geplanten Einführung der Doppik resümiert Herr Rohloff den Vortrag von Herrn Thies in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er berichtet vom Erlass des Harmonisierungsgesetzes, welches die Einführung der Doppik bis 2024 vorschreibt.

Hinzu kommt die anstehende personelle Veränderung bei der Stadt Neumünster und die Tatsache, dass die Kameralistik nicht mehr gelehrt und auch zunehmend nicht mehr praktiziert wird.

Herr Rohwer fragt nach der Möglichkeit eines Parallelverfahrens beider Rechnungswesen in der Übergangsphase. Dies wird von Herrn Thies verneint, aber es wird im nächsten Jahr eine Präsentation und eine Schulung für die Gemeindevertretung geben. Darin werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Rechnungswesen aufgezeigt und wichtige Grundlagen der doppischen Haushaltsführung vermittelt.

Abschließend verweist Herr Thies auf die positiven und lehrreichen Erfahrungen, welche bei der Umstellung des Bönebüttler Rechnungswesens zum 01.01.2020 gemacht wurden.

Nach Verlesung des Beschlussantrages bittet Herr Rohloff um Abstimmung.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

16 . Neufassung der Hundesteuersatzung

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Hundesteuersatzung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Herr Hollerbuhl fasst nach Worterteilung die Beratung und positive Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung aus der vorletzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zusammen.

Hintergrund ist, dass das Verwaltungsgericht bei einer Hundesteuersatzung einer anderen Gemeinde die Regelungen zum Beginn der Steuerpflicht moniert hat, welche sich auch in der Wasbeker Satzung wiederfinden.

Im Rahmen der erforderlichen Neufassung wurden redaktionelle Änderungen und eine Anpassung der Steuersätze an das Umlandniveau vorgenommen.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die von Frau von Hoff (FD 20) gefertigte Synopse, welche der Bürgermeister ausdrücklich lobt.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

**17 . Neukalkulation der Schmutzwassergebühr ab 01.01.2021
Vorlage: 0059/2018/DS**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der Beibehaltung der Schmutzwassergebühr i. H. v. 1,79 € / m³ und der monatlichen Grundgebühr von 3,07 € für die kommende Kalkulationsperiode ab 01.01.2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Der Bürgermeister gibt einen Überblick über die alle drei Jahre zu erstellende Neukalkulation der Schmutzwassergebühren und erläutert die Berechnung der Verwaltung.

Seit 01.01.2015 ist die Gebühr mit 1.79 €/m³ unverändert und auskömmlich. Das TBZ empfiehlt daher der Gemeinde, diesen Gebührensatz auch für den kommenden Kalkulationszeitraum ab 01.01.2021 beizubehalten.

Herr Rohloff verliest den Antrag und lässt abstimmen.

beglaubigt:

Krause

Auszug

aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wasbek vom 09.12.2020

19 . Modernisierung gemeindlicher Spielplätze (Projektaufruf der AktivRegion Mittelholstein)

Vorlage: 0062/2018/DS

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stimmt der Modernisierung des gemeindlichen Spielplatzes bei der Kita im Rahmen des Projektaufwurfes des Aktivregion Mittelholstein und der Beantragung der Fördermittel einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (einstimmig)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zum Projektaufwurf der Aktivregion Mittelholstein stellt der Ausschussvorsitzende Herr Heinrich Kühl die von der Verwaltung erstellte Vorlage vor und erläutert die Einzelheiten der Spielplatzerneuerung. Neben einer Kletterspinne sollen auch stationäre Fitnessgeräte für Erwachsene, insgesamt im Rahmen von etwa 20.000,- € angeschafft werden.

Herr Rohloff ergänzt, dass der Förderantrag bis zum 14.01.2021 eingereicht werden müsse, die Förderquote 80 % betrage, aber eine Bewilligung nicht garantiert werden könne.

Nicht zuletzt wegen der Förderquote spricht sich auch Herr Hollerbuhl für das Projekt aus.

beglaubigt:

Krause